

Nebrauer Anzeiger

Amthliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

N 138

Donnerstag, den 20. November 1930

43. Jahrgang

Erziehung zum deutschen Staat.

Von
Ministerialdirektor Dr. Fritz Boesch-Hefter.
Aus der Zeitschrift „Politik als Wissenschaft“.
Zehn Jahre Deutsche Hochschule für Politik, herausgegeben von Ernst Jäckh.

Die Erziehung zum Staat ist eine Aufgabe der Schule. Deshalb braucht der Staat, der die nationale Volkseinheit umfassen will, eine einheitliche nationale Schule. Das hierin in Artikel 148 der Reichsverfassung aufgestellte Organisationsziel darf nicht preisgegeben werden. Wie im Schulsaal, muß aber auch in der Bestimmung des Bildungsgutes aller Schulen jener Erziehungsgebäude verwirklicht werden. Artikel 148 der Reichsverfassung fordert: „In allen Schulen ist sittliche Bildung, staatsbürgerliche Eignung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerverständigung zu erziehen.“ Die Schulverwaltungen sind bemüht, durch Programme und Weisungen den Inhalt der hier geforderten staatsbürgerlichen Bildung sicherzustellen. Aber das, was allein den Erfolg zu verhängen vermag, scheint uns heute doch noch zu fehlen: das Ergriffenheit von der Größe der Staatsidee und von der Größe einer Aufgabe, die dieser Idee zu dienen bestimmt ist. Das Hebelmittel der Kenntnis von einzelnen Staatseinrichtungen tut uns nicht. Es ist gewiß erforderlich, daß die heranwachsende Jugend von Reichstage und Reichsrat und von den Befugnissen des Reichspräsidenten erlärte. Es ist aber noch mehr notwendig. Die Erziehung muß die Jugend in ein Staatsgefühl hineinwachsen lassen, das von Ehrfurcht erfüllt ist vor der Notwendigkeit des Gemeinwohlens und das in ihr das Selbstbewußtsein des Staatsbürgers und die Mitverantwortung für das Wohl der Gesamtheit weckt.

Die Erziehung zum Staat ist eine Aufgabe der Universitäten und Hochschulen. Auch sie sollen nicht bloß der Hebermittlung von Wissen dienen, sondern ebenso der Bildung von staatsbürgerlichen Charakteren. Noch gelten die Worte des jungen Humboldt: „Dem Staat ist es um Charaktere und Handeln zu tun.“ Aus der Hochschule sollen Führer hervorgehen, die mit Stolz den Gedanken eines deutschen Staates, der nur national ist, wenn er der Staat des ganzen Volkes ist, vertreten und in der Gegenwart verwirklichen wollen.

Die Erziehung zum Staat ist eine Aufgabe des Staates gegenüber allen seinen Bürgern. Dieses Werk ist ein immerwährendes und laudenswürdiges. „Nebrer! sollte der Staat heißen, jeder Mensch als Bürger charakterisiert sein“, sagt Novalis. „Von der öffentlichen Meinung hängt das Bestehen des Staates ab. Veredelung dieser Meinung ist die einzige Basis der ersten Staatsreform.“ Immer wieder muß der Staat der Gegenwart um seine Bürger werben und muß das, was ihm an Ehre und Würde von Generationen gegeben ist, zurückstrahlen auf das lebende Geschlecht. Die Reineheit seiner Verwaltung und das Ansehen seiner Organe müssen seine sittliche Größe widerspiegeln. In Symbolen

und Farben, die seine Idee verkörpern, muß er sich darstellen und sein Dasein in das Gefühl und Empfinden des Volkes hineinbringen. Nicht in entfremdender Isolation soll er seinen Bürgern gegenüberstehen. Die mitverantwortliche Teilnahme an den Staatsgeschäften ist noch immer die wirksamste Art der staatsbürgerlichen Bildung. Es ist nicht möglich, auch in unserer Zeit, in der die demokratischen Grundgedanken dieses Prinzip allenfalls durchgesetzt zu haben scheinen, an die Steinigen Reformforderungen zu erinnern. Neue Hemmnisse und Schwierigkeiten sind aus der Fäulnis und Spezialisierung der Staatsaufgaben entstanden, für die die nebenberufliche Tätigkeit des Bürgers nicht mehr ausreicht scheint.

Die Aufgabe ist auch dadurch erschwert, daß es sich heute nicht bloß um die Heranzüchtung der geistlichen Klassen handelt, an die Stein im Sinne seiner Zeit vor allem dachte, sondern um eine Beteiligung von Vertretern aller Volkseile. Es muß aber gelingen, die Kräfte, die aus diesen und anderen hinzutretenden Gründen die Selbstverwaltung durchmacht, zu überwinden, wenn nicht ein besonders wertvolles Stück staatsbürgerlicher Volkserziehung Schaden leiden soll.

Deutschland beantragt . . .

Abrüstungsanträge, deren Schicksal gewiß ist.

Genf, 18. November.

Im Vorbereitungsausschuss des Völkerbundes hat der Führer der deutschen Delegation, Graf Bernstorff, beantragt, daß außer dem Verbot des Gasstranges ein Verbot aller schweren Angriffswaffen, wie z. B. Mörser, schwerer Geschütze und Tanks, in die Abrüstungsconvention aufgenommen werde.

Der Antrag steht im einzelnen vor, daß außerhalb von Befestigungen Geschütze mit einem Kaliber über 77 Millimeter, Handminen über 105 Millimeter verboten sein sollen; innerhalb von Befestigungen sollen Geschütze mit einem Kaliber von über 105 Millimetern, Handminen über 210 Millimetern, ferner Mörser und Minenwerfer über 150 Millimetern verboten sein; desgleichen sollen unter das obige Verbot fallen alle Arten von Kampfwagen (Lands). Die Staaten sollen sich verpflichten, das vorhandene Material zu zerstören, und darüber an den Generalsekretär des Völkerbundes berichten.

Bei der bekannten Abrüstungsbereitschaft der Weimarer Republik kann man das Schicksal auch dieses deutschen Antrages mit Sicherheit voraussehen.

Französische Phantasereien.

Saarbrücken stirbt des Völkerbundes?

Paris, 18. November.

Der „Temps“ beschäftigt sich in einem längeren Artikel mit einem phantastischen Vorschlag, den die Zeitschrift „Revue de Paris“ über die Regelung der Saarfrage gemacht hat. In der Zeitschrift war vorgeschlagen worden, den jetzigen Zustand im Saargebiet aufrechtzuerhalten und das Gebiet endgültig dem Völkerbund zu unterstellen. Der Sitz des Völkerbundes könnte dann von Genf nach Saarbrücken ver-

legt werden, wodurch nicht nur der Völkerbund eine reale Hochburg hätte erhalten, sondern auch die Saarfrage als deutsch-französischer Zapfen aus dem Wege geräumt würde.

Der „Temps“ findet, daß diese Ausführungen äußerst bemerkenswert wären, und regt an, die Idee, die vom deutschen Standpunkt völlig unmöglich ist, den interessierten Mächten nahezu legen.

Zweite Genfer Wirtschaftskonferenz.

Verteilung der Märkte und Senkung der Tarife nötig.

Genf, 18. November.

Die zweite europäische Wirtschaftskonferenz ist unter dem Vorhild des früheren holländischen Handelsministers Colijn eröffnet worden. An der Konferenz nehmen 26 europäische Staaten teil. Sechs Liebersteaten, darunter auch die Vereinigten Staaten, sind durch Beobachter vertreten. Die deutsche Abordnung führt Ministerialdirektor Dr. Pöffe.

Das Arbeitsprogramm umfaßt die Ausarbeitung eines weiteren Schicksals des Handelsabkommens (Zolltarife, Handelsabkommen), das bisher erst von neun Staaten ratifiziert worden ist, ferner Verhandlungen zur Verbesserung des Handelsverkehrs. Dazu liegen englische und holländische Vorschläge zur Herabsetzung der Zolltarife vor. Weiter soll der Vorschlag der südeuropäischen Staaten auf Schaffung 1. Vorzugsabfällen für ihren Getreideüberschuß beraten werden. Neben der Fremdenrechtsfrage wird sich die Konferenz dann noch mit dem internationalen Abkommen über die Festlegung der Aus- und Einfuhrbeschränkungen befassen. Präsident Colijn wies in seiner Eröffnungsansprache u. a. darauf hin, daß Maßnahmen für eine allgemeine Senkung der Zolltarife und eine rationellere Verteilung der Welt-erzeugnisse gefunden werden müßten. Die Konferenz trat sofort in die Aussprache ein.

Offener Brief an Dr. Fried.

Wilmars, 17. November.

Der Geschäftsführer des Hauses Thüringen des Reichsbanners, Dr. Diegel, richtet jetzt im Zusammenhang mit der Spitzelangelegenheit an Staatsminister Dr. Fried einen offenen Brief. Der Vorwurf, daß er, Diegel, ein Spitzel, das Thüringer Reichsbanner eine Spitzelzentrale sei, trifft ihn nicht.

Nichtselbstmörder bürde sich Diegel vor, den Minister wegen der in dem Vorwurf enthaltenen öffentlichen Beleidigung zu verklagen.

Dr. Diegel richtet an den Innenminister mehrere Fragen und erklärt dann ausdrücklich, daß er weder vom Reichsminister noch von der preussischen Regierung durch den Regierungspräsidenten Freytag einen Auftrag zum Sammeln von Material erhalten oder an die genannten Stellen Material geliefert habe. Auch das Reichsbanner habe mit den Dingen nichts zu tun, da ihm weder vom Br. -ssozialbund noch vom Gauvolkland des Reichsbanners irgendein Auftrag zur Beschaffung von Material gegeben worden sei. Diegel habe von vornherein überhaupt keinen Auftrag erhalten, sondern bei Aufkommen des Streites Reichsbannerangelegenheit als seine Pflicht betrachtet, ihm bekanntem führenden Republikaner von seinem Wissen Nachricht zu geben.

geteilten Raume, daß Robert Braun über den Klang seiner eigenen Worte erschrocken.

Weshalb war Rita nicht da? Gut, er ahnte, was sie in dieser Nacht trieb. Das Weiß riskierte Leib und Leben für ihn — aber um diese Stunde mußte Rita zurück sein; so war es verordnet.

Robert Braun war nachdenklich geworden. Den Kopf mit dem geschützten, tiefschwarzen Haar etwas geneigt, dachte der Erbe eines großen Vermögens daran, daß er Rita heimlich dort sein müßte, denn sie hatte sich bereit gefunden, sich für ihn zu opfern. Aber Danbarkeit war ein Begriff, der sich nicht lange hinter der Stirn dieses Genusses blickt.

In einem verächtlichen Aufschauen gruben sich zwei häßliche Falten um den Mund des jungen Spitzers. „Warum war sie es eigentlich? Für mich?“ Er tippte sich mit dem Zeigefinger an den Kopf. „Mühsam! Sehen Sie! Nur für sich! Weiß sie um diesen Pflunder bangt.“ Ob, er hatte sich die Wimpern dieser launischen Frau ein Vermögen kosten lassen. Die Rita im Stabarmbirett nebst Einrichtigung! Die Lebensführung Ritas! Eine Zeitslang hatte der Dattel in Berlin beide Augen jugendfrisch und wildig enorme Zuschüsse geleistet.

Als dann die Nationalisierung der Betriebe einsetzte und der Konkurrenzsturm in der Automobilindustrie auf der ganzen Linie entbrannte, wurde Heinrich Braun, Geheimrat und Generaldirektor, sich wie ein Rindbock. In einer erregten Aussprache hatte er seinen Vorgesetzten den neuen leitungsrechtlichen Jambertatwille lassen: Alles für den Vertrieb, nichts für uns!

Robert trommelte mit den Fingernägelchen ungeduldig auf die eigene Platte des runden Büchertisches. „Entschlie, ich werde dich zur Revision deiner Ansichten zwingen! Auch die Allmacht eines Generaldirektors hat Grenzen!“

Und wieder ging sein unsterblicher Blick nach der Tür. „Wo nur Rita bleibt?“

(Fortsetzung folgt.)

Für dich, Mädi!

Ein Roman von Benzin und Liebe von Fritz Lange

Copvright by Maria Fuchs-Wagner, Halle (Saale)

Braun rief den Wagen viel zu schnell um eine Kurve. Zum Glück war die Straße frei. Ein Schwupf fand noch Zeit, sich die Wagennummer zu notieren.
„Nun fahre doch wenigstens im Stadtgebiet vernünftig!“ gebot Hans, sich zur Ruhe zwingend.
„Ach, Rita sieht mir alles nach, wenn ich nur ihre tollpöhligen Räumen befehle. Um sie ist es mir nicht bang.“
Die Herrdrempe kloppte den Wagen so jäh ab, daß er noch einige Meter auf dem Asphalt rutschte. Schwab um die Benuis, dachte Hans bedauernd und flüsternd mit einem Seufzer der Erleichterung von seinem Sitz. Bevor er sich verabschieden konnte, überfiel ihn nochmals die Reue der Robertis.

Schwerfällig auf das Steuergras gelehnt, fragte dieser mit allen Zeichen vibrierender Ungeduld:

„Nun, Hans, wie wird es mit dem Verzeiger?“
Wach, der nicht geneigt war, sich jetzt, gegen Mitternacht, in eine Diskussion über seine Erfindung einzulassen, fertigte den Verzeiger mit einer Schärfe ab, die ihn hinterher selber reute.

Der Verzeiger geht nach Amerika. Dir kann ich diese Sache nicht anmerken, denn du bist durch Weiber-geheimnisse viel zu sehr in Anspruch genommen, als daß du . . .“

Robert gab plötzlich Gas. Der Motor heulte auf, aber Hans hörte deutlich, wie Braun juchzte: „Gel!“ Dann sah er nur noch die rote Stoppische des Schulbüchses. Wertwirdig, daß mit einmal aller Unmut verlogen war! Wie ausgelöscht die Empörung über die Benennung dieses Mannes, der sich „sein Fremde“ nannte, denn er selber aber keinesfalls als solchen anerkannte.

„Aus!“
Hans machte mit der Hand eine stehende Geste und trat, den Schlüssel aus der Tasche nehmend, an die Haustür.

Robert Braun fand die Jose seiner Freundin noch wach, als er um Mitternacht klingelte.
„Wo ist Fräulein Belmont?“
Das hübsche, junge Ding machte ein bestimmtes Gesicht.

„Das gnädige Fräulein ist gegen neun Uhr fortgegangen und noch nicht wieder zurück.“
„So? Dann werde ich warten.“

Das Mädchen schrie den späten Gast, der für sich das Recht in Anspruch nahm, hier zu jeder Stunde einzutreten, in die Wirtshauskammer.
„Es ist gut. Sie können sich niederlegen.“

Nun war Robert allein. Nein, nicht allein: Die vielen, in solches Leber oder buntes Leinen gebundenen Bücher umgaben ihn, sahen auf ihn herab wie lebendige Seelen, die stumm und doch so beredte Zwiepsprache mit ihm führten. Da waren welche, die zum Nachdenken mahnten, die an Dinge erinnerten, die jenseits dieser Welt des Scheins lagen. Aber ihrer waren es nur wenige. Sie hatten nur selten oder gar nicht das Glück, zur Hand genommen und gelesen zu werden. Sie erfüllten ausschließlich Repräsentationspflichten. Die gelesenen, das waren die modernen Romane zeitgenössischer Schriftsteller. In denen pulste das Leben und zeigte sich nackt und wahr: In heuchlerischem Glanz, in seiner ganzen Erbarmlichkeit und — zuweilen — auch Erbarmlichkeit. Da waren die Menschen gezeichnet, wie sie tatsächlich leben, Idealfisten und Materialisten, Wahrheitsfinder und solche, die im Dunkeln gingen. Fast alle aber waren gebendert vom Glanz des Goldes!

Die Mücke des Wartenden gingen interesselos über all die Bücher.

„Wo nur Rita bleibt?“ Es war so still in dem dunkel-

Neubauer Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Neuba

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben in Bild“ und „Das Leben im Wort“

Schriftleitung: Wlth. Sauer in Hofleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Euerliche Buchdruckerei, Hofleben.
Geschäftsstelle in Neuba: Jean Kaufmann, Markt 24/25.
Fernsprecher: Amt Hofleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Hofblatt 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtparisse Neuba — Bankverein Bittern.

Nr 138

Donnerstag, den 20. November 1930

43. Jahrgang

Amerika und die Kriegsschulden.

Es läßt sich nicht mehr darüber streiten, daß Dr. Schacht den richtigen Weg ging, als er in den Vereinigten Staaten eine Propaganda für die Beilegung der Reparationen begann. Die Youngabmachungen können nur durch das Entgegenkommen Amerikas beilegt werden, nur der Verzicht Amerikas auf seine Kriegsschuldenforderungen kann die Reparationsmächte bestimmen, ihre Reparationsforderungen zu streichen. Nun hat die Weltwirtschaftskrise weiter den Beweis erbracht, daß es volkswirtschaftlicher Ansicht ist, wenn ein Land Kaffeeer der gefamten Welt liefert, alle anderen Länder Kaffeeer in ein Land liefern, ihre Kaufkraft verringern und in Amerika Milliarden aufgeschafft werden, die dem Weltmarkt fehlen. Diese Erkenntnis liegt so nahe, daß eigentlich kein Wort mehr darüber zu verlieren ist. Nun müßte man annehmen, daß in den Vereinigten Staaten alles getan wird, um die Weltwirtschaftskrise zu beilegen, daß heißt, daß die einfließenden Gelder entweder außerordentlich billig auf den Weltmarkt ausgeschüttet werden oder auf diese Weise ohne Gegenleistung überhaupt verschickt wird. Inzwischen ist es, aus den vorliegenden Maßnahmen maggebender Amerikaner sich ein Bild von der wahren Auffassung in den Vereinigten Staaten zu machen. Es scheint nicht so aus, als ob Amerika in naher Zeit einen Finger rührt, um den weltwirtschaftlichen Notwendigkeiten nachzukommen; denn die amerikanische Politik habe sich nach Ansicht der amerikanischen Wirtschaftsführer ein für allemal festgelegt. Präsident Hoover erklärte, Amerika denke nicht daran, auf seine Kriegsschuldenforderungen zu verzichten und dadurch die Reparationsfrage neu in Frage zu bringen. Und wie der Präsident, so vertreten auch die amerikanischen Senatoren und die Republikanten die Auffassung, wie sie vom Präsidenten fixiert wurde. Die Politik wird demnach nicht eher ändern, bis entweder eine europäische Wirtschaftskrisis eine andere Auffassung aufträgt oder die Neuwahl eines Präsidenten eine andere Richtung gebietet. Von der amerikanischen Politik, die sich zudem in die europäischen Verhältnisse einmischen will, haben wir keine Unterstützung zu erwarten.

Dagegen nimmt die amerikanische Industrie eine andere Stellung ein. Sie hat bereits erkannt, daß die Abschichtung Amerikas mit Geld die Kaufkraft der Welt befehligen müßte, und sie legt sich, in nächster Zeit, Amerika könnte auf die Forderungen an Frankreich, England, Italien, Belgien verzichten, um die Welt lauffähiger auch für die amerikanische Produktion zu machen. Doch haben diese Erkenntnisse auf die Politik bisher keinen Einfluß gehabt und werden auch keinen Einfluß erlangen, so daß von Amerika in absehbarer Zeit nichts zu erwarten ist. Es hat aber den Anschein, als ob die amerikanische Industrie die deutsche Propaganda auf ein Wortlaut und eine Penetration der Reparationsforderungen, damit Amerika zunächst wenigstens in Europa die Frage bräuhet wird und sich bis zur Einberufung einer Konferenz verzieht. Dann, meint man, werde die amerikanische Regierung eine Einladung zur Teilnahme nicht ausschlagen, wenn auch nicht gesagt werden kann, wie sie sich schließlich verhalten werde.

Es ist gut, wenn man diese Anschauungen Amerikas kennen lernt, denn sie lehren uns, daß wir noch viel zu tun haben, und welcher Weg einzuschlagen ist. Jedenfalls müssen wir erkennen, daß kein Grund zu großem Optimismus vorliegt, es sei besser ist, abzuwarten und weiterzuarbeiten, als Gegenmaßnahmen zu propagieren. Weiterhin ist und bleibt Amerika das Land, das zunächst keine Auffassung ändern muß, der Kaiser, der zu erkennen geben muß, daß er genug Geld besitzt und es für ratsam hält, wenn die europäischen Länder nicht weiter von Mitteln entblößt werden, die ganz unproduktiv sind und die die Wirtschaft anfeuern können. Man hat immer von dem großen Einfluß der amerikanischen Industrie auf die amerikanische Regierung gesprochen. In der Schuldenfrage zeigt sich, daß die Industrie gegen einmal gefasste Beschlüsse ohnmächtig ist. Und wieder müssen wir erkennen, daß die amerikanische Politik wohl die stabilste Politik der Welt ist. Denn einmal gefasste Beschlüsse, einmal erlassene Proklamationen bleiben unänderlich. Es gibt keinen Präsidenten, der sich selbst torquiert, kein Parlament, das sich gegen den Willen des Präsidenten aufsteht und pflichtig zu einer anderen Entscheidung kommt. Dabei ist durchaus nicht gesagt, daß die amerikanische Politik die wahren Ursachen der Weltwirtschaftskrise nicht lieft. Amerikaner raten selbst, Deutschland müsse die Trommel rühren, müsse versuchen, in Europa Erfolg zu haben, dann werde allmählich die Stimmung in Amerika beeinflusst. Es dürfte daher nicht falsch sein, wenn wir

unser Forderung auf Verzicht der Reparationen immer weiter betonen. Dabei können wir uns auch klar werden und müssen es auch zugeben, daß alle Parteien und Richtungen in Deutschland das gleiche wollen. Bei diesen oder jenen mag die Art der Propaganda überes Ziel schießen. Der Wille und die Einsicht, daß Deutschland von den Reparationslasten befreit werden muß, allein ist maßgebend, und dieser Wille sollte die Propaganda haben, daß er selbst die ganze amerikanische Politik einmal beeinflussen kann.

Neuordnung Europas.

Das Programm der Revisionbewegung.

Budapest, 19. November.

Über die Ziele der ungarischen Revisionsbewegung veröffentlicht deren Führer Géza Lutas nimmere eine programmatische Erklärung, der im Zusammenhang mit dem Verlauf der außerparlamentarischen Ausdrücke in der französischen Kammer und dem Gang der Verhandlungen auf der gegenwärtig tagenden Genfer vorbereitenden Abrüstungskonferenz besondere Bedeutung zukommt. Die Erklärung lautet:

Der Friede Europas ist durch die Friedensverträge von Versailles, Trianon, Neuilly und St. Germain nicht gewährleistet.

Kein europäischer Staatsmann hat diese Tatsache in berechtigen Worten festgelegt als der französische Außenminister Briand. Seine bekannte Denkschrift macht den europäischen Völkern den Vorwurf, sich zu einigen und zu verständigen. Damit hat der Völkern der europäischen Konferenz zugegeben, daß die großen Genereale, die die Völker Europas voneinander trennen, trotz der Verträge, trotz des Völkereides und trotz des Kriegsausgleiches nicht ausgeglichen sind. Diese Tatsache bildet auch die Grundlage der Befreiung der Revolutionen. Die Revolutionen sind der Meinung, daß die Forderung von einem westlichen Frieden in einem vom einzelnen Individuum, so wenig auch den Völkern durch Kongresse oder einzelne Machthaber versprochen werden kann. Ein Kongress kann nur die Wege zu diesem Ziele ebnen, und diese hohe Aufgabe hätte einer neuen Friedenskonferenz zuzufallen, die von den Anhängern des Revisionsgebotes erachtet wird.

Das zerfallene Europa ruft nach internationaler Ordnung, die Staaten rufen nach nationaler Aufbau. Die fesseln unnatürlichen Staatsbildungen drohen zu zerfallen. Die Erklärung des Staatsgebotes auf nationaler Grundlage und die dieser Grundlage entsprechende Politik realer Interessensverteilung ist der Weg, den die Staaten bei der Anknüpfung internationaler Beziehungen zu gehen haben. Als man den Völkern Europas den Frieden versprochen, versprochen man ihnen auch politische Sicherheit und nationale Selbständigkeit. Auch diese Versprechungen blieben auf dem Papier. Das Hauptziel der Staatsentstehung dieses Gebietes sollte die nationale Sicherheit sein, die im Leben eines Staates die führende Rolle spielt wie das Prinzip der Selbsterhaltung im Leben des Individuums. In dem Kampf um die nationalen Grenzen wird uns ein fundamentaler Grundlag sein, wonach:

Ein Gebot, der sich vor den Gesetzen der Natur und den Zwecken einer planmäßig sich gestaltenden Welt nicht rechtfertigen läßt, auf die Dauer nicht zu halten ist. Die heutige geographische Einteilung Europas läßt sich vor diesem Grundlag nicht rechtfertigen. Seht man aber die nationale Sicherheit als den ausschlaggebenden Faktor bei der Regelung territorialer Fragen als gegeben an, so wird nur durch Berücksichtigung dieses Grundlages auch die Frage der strategischen Sicherheit zu lösen sein. Die Sicherheit aller einzelnen europäischen Nationen wiederum ist die Grundlage der allgemeinen Sicherheit der europäischen Ordnung.

Darum wird die Hauptaufgabe eines neuen Friedenskongresses in der Herstellung des europäischen Gleichgewichts liegen.

Das System des Gleichgewichts der Kräfte konnte, solange es bestand, Kriege verhindern; nur durch seine Zerstückelung werden Kriege möglich. So lange sich die europäischen Verhältnisse nicht im Gleichgewicht befinden, wird stets eine geheime Tendenz gegen das Monopol von Einfluß und Herrschaft, dessen sich eine Mindergruppe bemächtigt hat, die herrschende Stimmung unter den übrigen Nationen sein.

Die badischen Wahlen.

Karlsruhe, 18. November.

Die Kommunalwahlen in Baden sind überall ohne Zwischenfälle verlaufen. Während in den großen Städten die Wahlbeteiligung nicht weit über 50 Prozent hinausgekommen ist, beträgt sie in einigen mittleren Städten und auf dem ländlichen Lande bis zu 72 Prozent.

Die Gemeindevorstände in diesem Wahlkampf sind fast ausschließlich die Nationalsozialisten und der Evangelische Volksdienst. Im allgemeinen haben infolge der geringen Wahlbeteiligung alle Parteien gegenüber den letzten Reichstagswahlen einen Stimmenverlust zu verzeichnen, der sich am deutlichsten bei den bürgerlichen Mittelparteien und den Demokratischen ausweist.

Das Zentrum hat sich gehalten. Auch die Wirtschaftspartei hat im allgemeinen nicht unangenehm abgeblenkt mit Ausnahme von Freiburg, wo sich die Zahl ihrer Sitze im Reichstag von 14 auf 5 verminderte. Schwere Verluste haben zum Teil die Sozialdemokraten zu verzeichnen, so in Karlsruhe rund 10 000 Stimmen (fast 30 Prozent) und in Karlsruhe etwa 9 000 Stimmen (über 40 Prozent) bei einer Verminderung der Stadtverordnetenliste von 24 auf 18.

Auch Mecklenburg wählte.

Gewinne der bürgerlichen Parteien.

Rostock, 17. November.

Die Kommunalwahlen in beiden Mecklenburg haben ein beachtliches Aufleben der bürgerlichen Mandate gebracht. Auch die Nationalsozialisten konnten neue Erfolge erzielen. Ein letzter Rückschlag ist bei den Sozialdemokraten festzustellen.

So sind z. B. in Schwerin die Listen der Sozialdemokraten von 2003 auf 284 zurückgegangen. In Schwerin waren die Nationalsozialisten die stärkste Fraktion der Wahlen mit 6518 gegen 4133 Stimmen bei den Reichstagswahlen im September.

In Rostock zeigt sich bei den Sozialdemokraten ebenfalls ein Mandatsverlust von drei Abgeordneten, während die Nationalsozialisten, die bisher im Stadtparlament nicht vertreten waren, mit 15 Abgeordneten in die Stadtverordnetenversammlung einzogen. Bei den letzten Reichstagswahlen wurden für die Nationalsozialisten 8175 Stimmen abgegeben, bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen 9260.

In Wismar gewannen die Sozialdemokraten an, während 600 und die Nationalsozialisten rund 800 Stimmen, während die bürgerlichen Parteien eine entsprechende Einbuße erlitten.

Volksstagswahl in Danzig.

Danzig, 18. November.

Am Sonntag fanden bei starker Beteiligung die Wahlen zum Danziger Volksstag statt, die ohne Zwischenfälle verliefen. Die Wahlbeteiligung betrug etwa 85 Prozent. Die Nationalsozialisten konnten auf Kosten der übrigen Parteien einen beträchtlichen Stimmenzuwachs verzeichnen.

Die Zahl der Wähler der Danziger Volksversammlung hat sich von 1927 umgeändert. Die Wahlen verliefen ohne Zwischenfälle, die für eine Volksversammlung von 1927 umgeändert.

1930:	
19	(-6)
10	(-5)
11	(+2)
7	(+2.8)
2	(-0.2)
3	(-0.6)
1	(-1.4)
2	(+0.2)
6	(+0.2)
4	(-0.6)
0	(-0.6)
12	(+11.4)
1	(+1.0)
2	(+2.0)

Beim.

Bildholt, 19. November.

Im Endergebnis der Reichstagswahlen vom 19. November sind folgende Parteien im Reichstag vertreten: Nationalsozialisten 248 Sitze, Demokratische Einheitsliste, Christliche Demokraten 14, Nationaldemokraten 64, Ultrareine 21, Deutsche 5, Juden 7, Kommunisten 5 Sitze.

Die deutsche Liste hat in folgenden Wahlkreisen ein Mandat behauptet: Königsberg, Rastenburg, Tschudi, Samter und Bromberg. In folgenden Kreisen ist ein Mandat verlorengegangen: Königsberg, Rastenburg, Tschudi, Samter, Bromberg, Dirschau, Graudenz, Thorn, Mladetow, Königsberg, Rastenburg, Tschudi, Samter und Bromberg. Dies bedeutet also, daß fünf Bezirksmandate behauptet und zwölf verlorengegangen sind. Ohne Berücksichtigung der brutalen Wahlbedingungen muß der Umstand in Betracht gezogen werden, daß die deutsche Liste in den Kreisen Graudenz und Mladetow wegen irgendwelcher logenartiger formaler Verstöße gar nicht zugelassen worden ist. Die beiden Mandate auf der Staatsliste mußten natürlich auch verlorengehen, weil ja die erforderliche Grundzahl von sechs Bezirksmandaten nicht erreicht worden ist. Die beiden in Betracht gezogenen deutschen Sozialisten, die früher als Spolianten auf den Banken bei den politischen Sozialisten saßen, haben ihre Mandate verloren.

Kein Rückgang des Deutums.

In Berlin wird das Ergebnis der Wahlen in Polen naturgemäß lebhaft besprochen. Nach dem den Wahlen vor-